

Handlungsrahmen für die Einzelbereiche der Politik

„Handeln für unser Land“

3

Familie und Gesellschaft

3.1 Familienpolitik

3.2 Frauenpolitik

3.3 Jugendpolitik

3.4 Altenpolitik

3.5 Behindertenpolitik

3.6 Kinderfreundlichkeit

3.7 Ausländerpolitik

3.8 Sozialpolitik

C99-02910

M. Kollmann 1980

SPD

NRW '80



3.1 Familienpolitik

Unsere Grundsätze

Mit unserer Familienpolitik wollen wir Sozialdemokraten die sozialen, kulturellen und materiellen Bedingungen dafür schaffen, daß sich jedes Familienmitglied frei entfalten kann, daß niemand benachteiligt wird und alle die gleichen Chancen haben. Dazu gehört, daß das Grundrechtsgebot der Gleichberechtigung von Mann und Frau Wirklichkeit wird. Den Kindern gilt die besondere Aufmerksamkeit sozialdemokratischer Familienpolitik – unabhängig von bevölkerungspolitischen Überlegungen.

Wir Sozialdemokraten stehen zum Auftrag des Grundgesetzes, Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates zu stellen. Wir werden uns aber auch dafür einsetzen, daß andere Formen des Zusammenlebens vor Diskriminierungen und Benachteiligungen geschützt werden.

Unsere Leistung

Wir Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß der Mutterschaftsschutz verstärkt, die Kindergeldregelung verbessert, die Ausbildungsförderung angehoben und der familiengerechte Wohnungs- und Städtebau ausgeweitet wurden.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat zusätzlich eine Menge getan, um unser Land zu einem besonders familien- und kinderfreundlichen Land zu machen. Über materielle Hilfe hinaus wurde damit die Erziehungsfähigkeit der Familie gestärkt und Hilfe bei der Lösung von Konflikten in Ehe und Familie gegeben.

Wir Sozialdemokraten haben ein flächendeckendes Netz von Einrichtungen der Familienbildung mit dem in Deutschland beispielhaften Weiterbildungsgesetz geschaffen; wir haben das System der Erziehungsberatungsstellen weiter ausgebaut. Wir haben für ideelle und materielle Hilfe bei der Familienplanung gesorgt, ebenso bei der Schwangerschaftskonfliktberatung. Weitere Kernpunkte unserer Familienpolitik: Kinderreichen und bedürftigen Familien kam der Ausbau der Familienerholung und Kindererholung zugute.

Wir haben die Zahl der Kindergartenplätze dank dem beispielhaften Kindergartengesetz von 1972 ganz erheblich erhöht, und wir haben in Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland den schrittweisen Abbau des Elternbeitrages für alle Kindergärten eingeleitet.

Damit ermöglichen wir:

- mehr Kindern die Erziehung zu sozialem Verhalten;
- mehr Frauen die Aufnahme einer Berufstätigkeit;
- mehr Kindern, die in sozialen Brennpunkten aufwachsen, und mehr ausländischen Kindern eine intensivere Betreuung.

Wir haben uns besonders für Kinder eingesetzt, deren Erziehung in der eigenen Familie nicht möglich ist. Dabei gilt für uns der Grundsatz, daß die Adoption oder die Betreuung in einer Pflegefamilie Vorrang vor der Heimunterbringung haben muß. Seit Jahren unterstützen wir ganz besonders den Ausbau des Pflegekinderdienstes und der Adoptionsvermittlung.

Das wollen wir

Sozialdemokratische Familienpolitik wird auch in Zukunft die sozialen, kulturellen und finanziellen Bedingungen sichern, die zur freien Entfaltung der Familie und des einzelnen in der Familie notwendig sind.

Deshalb werden wir Sozialdemokraten

- die Erziehungsfähigkeit der Familie weiter stärken.

Wir werden die Angebote zur Familienbildung erweitern und die elterliche Mitwirkung in Kindertagesstätten und Schulen fortentwickeln.

- die finanzielle Situation der Familie verbessern, wo es nötig ist.

Wir Sozialdemokraten wollen die Verbesserung des Kindergeldes für alle. Wir lehnen aber eine Wiedereinführung der alten Kinderfreibeträge ab: Höhere Steuerfreibeträge für Kinder reicher Eltern und niedrige für die Kinder ärmerer Eltern halten wir für unerträglich. Die SPD wird dafür sorgen, daß Kinderhaben nicht mit sozialen Nachteilen verbunden ist.

- ein Programm zur Förderung der Familien ausländischer Arbeitnehmer entwickeln.

- die Familienbildung und die Familienberatung in sozialen Brennpunkten verstärken; ebenso für Aussiedlerfamilien und für Familien, die getrennt sind, weil ein Familienmitglied in Strafhaf ist.

- die Familienerholung ausweiten. Bei Krankheit der Eltern müssen Familien und vor allem Kinder in Sozialstationen und Sozialzentren betreut werden.

- uns dafür einsetzen, daß Familien Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr bekommen, gestaffelt nach der Kinderzahl.

- kinderreichen Familien den Erwerb von Haus- und Wohnungseigentum erleichtern.

- im Interesse des Familienlebens von Schichtarbeitern ein umfassendes Programm entwickeln.

- für Familien mit nur einem Elternteil ein Programm ausarbeiten, das hilft, deren Benachteiligungen abzubauen. Service-Häuser, die erwerbstätige alleinerziehende Elternteile von ihrer Beanspruchung in Haushalt und Beruf entlasten, sind zu fördern. Dies gilt auch für Selbsthilfegruppen, die soziale und berufliche Schwierigkeiten überwinden wollen.

- mehr Ganztagsangebote für Kinder schaffen (besonders Kinderkrippen und Krabbelstuben), um beiden Elternteilen eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Deshalb werden wir uns auch für Tagespflegestellen einsetzen.

- noch mehr tun für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr.

- uns für eine Verbesserung des Wohnumfeldes in den gewachsenen Stadtteilen und Dörfern einsetzen.

- alle Maßnahmen unterstützen, die Familienangehörige vor Gewalt schützen, und deshalb Frauenhäuser und Kinderschutzzentren fördern.

- uns auf Bundesebene für einen Stufenplan einsetzen, der es Eltern ermöglicht, sich in einem anderthalbjährigen Elternurlaub der Erziehung des neugeborenen Kindes zu widmen; Lebensunterhalt und Arbeitsplatz sollen in dieser Zeit gesichert sein. Den Eltern muß es dabei überlassen bleiben,

welcher der beiden Elternteile Urlaub in Anspruch nimmt und ob sie die Zeit des Elternurlaubs unter sich aufteilen.

Unsere Leistung



3.2 Frauenpolitik

Unsere Grundsätze

Der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau ist eines der bestimmenden Themen dieses Jahrhunderts.

Die SPD hat nach dem Ersten Weltkrieg das Wahlrecht für Frauen durchgesetzt. Jetzt kämpft sie dafür, daß der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau endlich in allen Bereichen die tatsächliche Gleichberechtigung folgt. Das heißt zum Beispiel: Frauen müssen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten. Vorurteile und Nachteile können nur abgebaut werden, wenn sich das Bewußtsein der Gesellschaft über die Rolle der Frau ändert.

Auf dem Weg zu einer tatsächlichen Gleichberechtigung sind wir in den letzten Jahren dank sozialdemokratischer Frauenpolitik ein gutes Stück weitergekommen.

Unsere Leistung

Die Institution des Frauenbeauftragten, die in Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland eingerichtet wurde, hat wesentlich dazu beigetragen. Ihre Aufgabe ist es, die vielfältigen Benachteiligungen der Frauen in unserer Gesellschaft aufzuzeigen und sich zu bemühen, diese Benachteiligungen in Familie, Beruf und Gesellschaft abzubauen.

Damit diese Chancengleichheit verwirklicht werden kann, sorgen wir Sozialdemokraten dafür, daß Mädchen und Frauen in Bildung und Ausbildung nicht benachteiligt bleiben. Sozialdemokratische Bildungspolitik hat dazu schon wichtige Voraussetzungen geschaffen. Fast die Hälfte aller Realschulabgänger, aller Abiturienten und aller Hochschulanfänger sind heute Mädchen.

Wichtigstes Ziel unserer Frauenpolitik in den letzten fünf Jahren war es, die Ausbildungs- und Berufssituation von Mädchen und Frauen zu verbessern. Wir Sozialdemokraten haben Förder- und Modellprogramme auf den Weg gebracht, die Frauen und Mädchen den Zugang zu Berufen geöffnet haben, die bisher fast ausschließlich Männern vorbehalten waren.

Daneben war es schon immer sozialdemokratische Frauenpolitik, Frauen in besonderen Not-situationen zu helfen. Ein umfangreiches Beratungsangebot für Schwangere in Konfliktsituationen soll den Frauen Hilfe geben und zugleich werdendes Leben schützen.

Auch für andere Notsituationen bietet die sozialdemokratisch geführte Landesregierung Hilfe an: So unterstützt sie Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und untersucht Ausmaß und Ursache der „Gewalt in der Familie“.

Das wollen wir

Diese Politik für die Frauen in unserem Lande soll konsequent fortgesetzt und ausgebaut werden.

Wir Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, daß

– es Frauen möglich wird, für Beruf und Familie gleichermaßen da zu sein.

Dazu gehört, daß ein Elternurlaub eingeführt wird – wahlweise für beide Elternteile.

Vorurteile und Rollenklischees müssen abgebaut werden – durch Öffentlichkeitsarbeit und auch im Unterricht.

Qualifizierte Ganztageseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen (mit flexiblen Öffnungszeiten) und Ganztagspflegestellen müssen gefördert werden.

- gleiche Chancen im Berufsleben verwirklicht werden.

Dazu gehört, daß Berufsmotivierung und -beratung – besonders im 10. Schuljahr – intensiviert werden. Mehr Mädchen müssen in gewerblich-technische Ausbildungsberufe gehen können.

Ein spezielles Programm muß dafür sorgen, daß Frauen wieder ins Berufsleben zurückkehren können.

Arbeitsschutzbestimmungen müssen überprüft werden, damit ungerechtfertigte Benachteiligungen von Frauen bei der Arbeit beseitigt werden.

- Frauen in politischen und gesellschaftlichen Organisationen gleichberechtigt mitarbeiten können.

Frauen in schwierigen Lebenslagen verstärkt geholfen wird. Dazu gehören

verstärkte Hilfen bei Schwangerschaftskonflikten; die weitere Unterstützung von Frauenhäusern, um Frauen vor körperlicher und seelischer Bedrohung zu bewahren;

weitere Untersuchungen über die Ursachen von „Gewalt in der Familie“ und ein Konzept, daß gerade auch Frauen vor Gewalttätigkeiten in der Familie schützt.

3.3 Jugendberufshilfe

Auf der Grundlage der verfügbaren Daten wird die Jugendberufshilfe als ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe betrachtet. Die Jugendberufshilfe ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe.

Die im Gesetz zur Jugendberufshilfe enthaltenen Regelungen sind in der Jugendberufshilfe zu finden.

Unsere Grundsätze

Die Jugendberufshilfe ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe. Sie ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe. Die Jugendberufshilfe ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe.

Die Jugendberufshilfe ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe. Sie ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe. Die Jugendberufshilfe ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe.

Unsere Leistung

Die Jugendberufshilfe ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe. Sie ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe. Die Jugendberufshilfe ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe.

Die Jugendberufshilfe ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe. Sie ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe. Die Jugendberufshilfe ist ein zentraler Bestandteil der Jugendberufshilfe.

3.3 Jugendpolitik

Unsere Grundsätze

Junge Menschen müssen sich verwirklichen und die Gesellschaft mitgestalten können. Sozialdemokratische Jugendpolitik will jungen Menschen eine ihren Interessen gemäße politische, persönliche und soziale Perspektive geben.

Wir Sozialdemokraten beobachten mit Sorge Tendenzen einer zunehmenden Entfremdung zwischen Teilen der jüngeren Generation und unserer Gesellschaft. Diese Entfremdung zeigt sich auch am mangelnden Interesse vieler junger Menschen an öffentlichen Angelegenheiten. Sie zeigt sich aber auch daran, daß junge Menschen aus der Realität in Subkulturen, in Drogen- und Alkoholabhängigkeit flüchten.

Wir Sozialdemokraten wollen die sozialen und ökonomischen Bedingungen ändern, die Kinder und Jugendliche benachteiligen, die Randgruppen und Minderheiten keine Chancen geben.

Unsere Leistung

Zu den erfolgreichen Programmen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung gegen die Jugendarbeitslosigkeit gehören:

- mehr Ausbildungsplätze im Bereich der Landesbehörden (allein 1978 gegenüber dem Vorjahr Steigerung von 16 %) wurden geschaffen.
- zusätzliche Ausbildungsplätze im öffentlichen und sozialen Bereich wurden vom Land gefördert,
- Betreuungsverträge, die später in einen Berufsausbildungsvertrag oder in einen unbefri-

steten Arbeitsvertrag übergehen, wurden ermöglicht,

- die Arbeitsbeschaffung für Jugendliche bis 25 Jahren oder schwervermittelbare Arbeitslose wurde vom Land ergänzend gefördert,
- das Land sorgte für die sozialpädagogische Begleitung von arbeitsmarktpolitischen Hilfen. Die Jugendhilfe kümmerte sich zusätzlich um die Betreuung arbeitsloser Jugendlicher.

Besonderes Gewicht wurde darauf gelegt, zusätzliche Ausbildungsplätze zu ermöglichen, damit Mädchen gewerblich-technische Berufe erlernen können. Von diesem noch relativ neuen Programm, das im Mai 1978 angelaufen ist, haben bereits rund 1500 Mädchen Gebrauch gemacht.

Die Jugendhilfe kann durch sozialdemokratische Politik helfend eingreifen, wenn Erziehungsdefizite und Verhaltensstörungen bei Jugendlichen die Erziehungskraft der Eltern überfordern. Das ist auch ein Teil der außerschulischen Jugendbildung, der neben der Erziehung und Bildung in Familie, Schule und Beruf große Bedeutung kommt. Als zeitgemäße Form der Jugendarbeit trägt sie zur individuellen und sozialen Emanzipation bei.

Jugendliche müssen sich treffen und ihren Freizeit- und Bildungsinteressen nachgehen können. Deshalb haben wir offene und teiloffene Jugendheime noch mehr gefördert. Von 1973 bis 1979 hat sich die Zahl der Heime der offenen Tür von 169 auf 350 erhöht. Außerdem gibt es 90 sogenannte „kleine Heime der offenen Tür“ vorwiegend im ländlichen Raum und 600 „Heime der teiloffenen Tür“. Allein im Haushaltsjahr 1979 sind die Mittel für Personalkostenzuschüsse für die pädagogischen Mitarbeiter an Heimen der offenen Tür auf Antrag der SPD-Fraktion um 40 % erhöht worden. Insgesamt hat das Land für die außerschulische Jugendarbeit 1979 rund 117 Mio. Mark zur Verfügung gestellt; das sind 38 Mio. Mark mehr als noch 1977.

Das wollen wir

Wir Sozialdemokraten werden die außerschulische Jugendbildung weiterentwickeln. Deshalb haben wir den Entwurf eines Jugendbildungsgesetzes vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll eine von Sozialdemokraten seit zehn Jahren erhobene Forderung in die Tat umgesetzt werden: Die außerschulische Jugendbildung soll als eigenständiger und gleichberechtigter Bildungsbereich neben Kindergarten, Schule, Hochschule und Weiterbildung anerkannt und öffentlich gefördert werden.

Konkret wollen wir Sozialdemokraten mit diesem Gesetz erreichen:

- Die Förderungsmittel des Landes sollen von 150 Mio. DM (1980) auf 250 Mio. DM im Jahr erhöht werden.
- ab 1983 sollen die Jugendämter im Zusammenwirken mit den freien Trägern für die Bedarfs- und Förderungsplanung sorgen.
- mehr hauptamtliche Mitarbeiter sollen die Qualität des außerschulischen Bildungsangebotes verbessern.
- die Jugendlichen sollen selbst an der Gestaltung der Bildungsangebote mitwirken.

Zur sozialdemokratischen Jugendpolitik gehört auch der Kampf gegen die Gefahren des Drogenmißbrauchs – auch des Mißbrauchs der gesellschaftlich anerkannten „Droge“ Alkohol. Das Land unterstützt Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke und Suchtgefährdete. Es gibt auch finanzielle Hilfen für die Aufklärung über Rauschmittelgefahren in der Schule wie in den Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung.

Wir Sozialdemokraten werden unsere Politik „gegen die Drogen“ fortsetzen und neue Initiativen entwickeln. So muß künftig die Eigeninitiative bei Jugendlichen noch mehr unterstützt werden, indem Hilfsorganisationen der Jugend finanziell und personell geholfen wird. Darüber hinaus wird sozialdemokratische Jugendpolitik besondere Schwerpunkte setzen bei dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

- Die erfolgreichen Programme zur Schaffung von Ausbildungsplätzen und zur beruflichen Qualifizierung der Jugendlichen müssen fortgesetzt werden.
- Der Übergang vom Ausbildungs- ins Arbeitsverhältnis muß erleichtert werden. Das gilt besonders auch für Mädchen, die eine gewerblich-technische Ausbildung begonnen haben.

- Im öffentlichen Dienst müssen noch mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche angeboten werden.
- Drogenabhängige, entlassene Strafgefangene und Jugendliche in ähnlich schwierigen Situationen müssen in die arbeitsmarktpolitischen Hilfen des Landes einbezogen werden.

der außerschulischen Jugendbildung

Auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzentwurfes werden wir diese Arbeit systematisch fortsetzen. Das bedeutet:

- Die im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen müssen zu einem Rechtsanspruch weiterentwickelt werden.
- Das Gesetz muß auf die gesamte außerschulische Jugendarbeit ausgeweitet werden, damit andere Bereiche, wie internationale Jugendbegegnungen oder die sportliche Jugendarbeit, je nach Bedarf mit einbezogen werden können.

den Hilfen für straffällige Jugendliche

Ziel aller Hilfen auf diesem Gebiet muß ein einheitlicher Sozialdienst sein, damit die soziale Arbeit und die direkte Hilfe für straffällige Jugendliche innerhalb und außerhalb der Anstalt künftig aus einem Guß sind. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, daß

- alle Funktionsbereiche sozialer Dienste für straffällige Jugendliche (Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, sozialer Dienst der Vollzugsanstalten, nachgehende Betreuung der strafentlassenen Jugendlichen) organisatorisch zusammengefaßt werden.
- die Nachsorge, also zentrale Hilfsstellen; Hilfen bei Wohnungssuche durch Angebot von Wohngemeinschaften, besondere Hilfe bei der Arbeitsplatzbeschaffung, verbessert und systematisch ausgebaut wird.

Die Hilfen für straffällige Jugendliche müssen mit einem Programm zur Rehabilitation suchtkranker junger Menschen ergänzt werden.

der erzieherische Jugendhilfe/Jugendschutz

- In den Jugendheimen muß die räumliche Ausstattung verbessert, müssen die Erziehungspläne erneuert werden.
- Die Schaffung von Pflegestellen muß stärker gefördert werden.
- Die Aufklärung über den Jugendschutz („Gegen Gewalt“, „gegen Suchtmittel“) muß verbessert werden.

3.4 Altenpolitik

Unsere Grundsätze

Alte Menschen sollten möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung selbständig leben und am Leben der Gesellschaft teilnehmen können.

Wir Sozialdemokraten wissen, was die heute alten Menschen beim Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland geleistet haben – oft unter großen Opfern und Entbehrungen. Alte Menschen dürfen nicht am Rand der Gesellschaft leben; wir sind auf ihre Erfahrung angewiesen. Gerade unsere älteren Mitbürger wissen, was Sozialdemokraten für den Frieden, für die soziale Sicherheit, für eine gerechte Gesellschaftsordnung und für den Ausbau der Demokratie geleistet haben.

Unsere Leistung

In einem Landesaltenplan hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung 1975 die Ziele ihrer Politik für die alten Mitbürger dargelegt.

Danach steht der Ausbau von Tagespflegeheimen und Sozialstationen im Vordergrund dieser Politik, ein größeres und besseres Freizeitangebot für ältere Menschen, mehr Begegnungen mit jüngeren Menschen, ehrenamtliche Aufgabenfüllung für ältere Menschen bei der Kinderbetreuung und Krankenpflege. Wir Sozialdemokraten werden diese Altenpolitik konsequent fortsetzen.

Alte Menschen können nicht immer in gleich guter gesundheitlicher Verfassung sein. Deshalb muß es vielfältige Angebote der Altenhilfe geben. Nordrhein-Westfalen hat dazu wichtige Anstöße gegeben und Schwerpunkte gesetzt. So wurde schon vor Jahren mit Landeshilfe das Modell „Fahrbarer Mittagstisch“ erprobt, das inzwi-

schen von vielen örtlichen Trägern übernommen worden ist. Ein Netz von Sozialstationen als Ein- satzzentralen für ambulante Dienste befindet sich im Aufbau.

Diese ambulanten Dienste ergänzen das Angebot altengerechter Wohnungen, das für die selbständige Lebensführung älterer Menschen besonders wichtig ist. Allein von 1972 bis 1978 hat das Land rund 34000 solcher Altenwohnungen gefördert.

Für die Freizeitgestaltung älterer Menschen sind

die Altentagesstätten, von denen es in Nord- rhein-Westfalen jetzt fast 1800 gibt, gut geeig- nete Einrichtungen.

Erholungsfahrten für alte Menschen hat das Land seit 1970 mit nahezu 80 Mio. DM geför- dert. Insgesamt 640000 älteren Bürgern konnte so ein Erholungsurlaub mit ermöglicht werden.

Auch die Pflege und die medizinische Versor- gung alter Menschen ist in Nordrhein-Westfalen stetig verbessert worden. Heute gibt es weit über 32000 Pflegebetten in Altenkrankenhäusern und in Pflegeabteilungen von Altenheimen. Jedes Jahr kommen etwa 2000 Pflegebetten hinzu. Die- ser rasche Ausbau ist möglich, weil nicht mehr leistungsfähige oder nicht mehr benötigte Kran- kenhäuser in Kranken- oder Pflegeheime für alte Menschen umgewandelt werden.

Für die medizinische Versorgung der älteren Mit- bürger arbeiten bereits 21 Spezialabteilungen für Altenheilkunde an Allgemeinkrankenhäusern. Insgesamt verfügen sie über mehr als 1200 Bet- ten.

Das wollen wir

Wir Sozialdemokraten werden unsere bewährte Politik für ältere Bürger fortführen. Zugleich wol- len wir neue Probleme aufgreifen, vor denen die ältere Generation steht und auch für diese Pro- bleme Lösungen entwickeln.

Grundlage dafür wird die Fortschreibung des Berichts „Altenhilfe in Nordrhein-Westfalen“ von 1972 und des Landesaltenplanes von 1975 sein. Ein zusammengefaßter Landesaltenbericht und -plan wird der Öffentlichkeit einen genauen Überblick über Leistungen und Vorhaben des Landes geben. Dabei werden wir die offenen und ambulanten Hilfen in den Vordergrund stellen.

Wir werden die Sozialstationen weiter ausbauen und verbessern: Wir werden mehr Geld für die Personalkosten bereitstellen, in begrenztem Umfang die Investitionen fördern. Wir werden uns für die Errichtung von Tagespflegeheimen einsetzen, in denen – möglichst im Verbund mit Alten- und Krankenheimen – pflegebedürftige Menschen tagsüber betreut und damit ihre Familien entlastet werden.

Zu einem neuen Problem wird für immer mehr ältere Mitbürger die Freizeitgestaltung. Um hier zu helfen, werden wir neue Initiativen einleiten:

- Wir werden ein spezielles Bildungsangebot für ältere Menschen entwickeln. Für einen Teil der älteren Bürger sollen die Sozialstationen neben der pflegerischen Betreuung auch Bildungsaufgaben übernehmen. Den anderen soll in den Erwachsenenbildungsstätten die Möglichkeit geboten werden, sich weiterzubilden.
- Wir werden älteren Mitbürgern eine ehrenamtliche Tätigkeit in sozialen Diensten anbieten. Dabei soll keine Konkurrenz für den Arbeitsmarkt entstehen. Vielmehr sollen ältere Menschen für Aufgaben interessiert werden, für die zwar ein Bedarf, aber kein Angebot besteht. Sie könnten Patenschaften zur Betreuung von Kindern oder von Kranken übernehmen oder sich in Krankenhäusern als Gesprächspartner für Kranke zur Verfügung stellen.
- Wir werden auch den Altersport und die Alterserholung mehr als bisher finanziell unterstützen.

Einer aktiven Freizeitgestaltung älterer Bürger steht allerdings häufig entgegen, daß in unserer Gesellschaft noch immer das Bild vom Alter als einer „passiven“, „zurückgezogenen“ Lebensphase vorherrscht.

Dieses falsche Bild muß zurechtgerückt werden. Dabei könnten Seniorenbeiräte in den Städten und Gemeinden helfen. Solche Beiräte sollten sich dafür einsetzen, daß auf die Bedürfnisse älterer Bürger mehr Rücksicht genommen wird. Das vorherrschende Bild vom Alter sollte auch in den Massenmedien und in den Schulbüchern kritisch überprüft werden.

Unsere Grundsätze

Solidarität muß sich dann messen lassen, wie wir behinderten Menschen helfen. Für uns Sozialdemokraten ist Hilfe für Behinderte mehr als eine materielle Versorgung.

Sozialdemokratische Politik sorgt dafür, daß Behinderte am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen können. Die Entscheidung kann nur die Voraussetzung dafür schaffen, daß Alleigebende Menschen für sich selbst sorgen können. Die soziale Lage wird vom Verhalten ihrer Mitmenschen bestimmt. In Nordrhein-Westfalen sind im Land behinderte Menschen alle vorhandenen ein- gliedernd und nachgehenden Hilfen zusammengefaßt und koordiniert.

Wir Sozialdemokraten setzen in der Hilfe für behinderte Menschen einen Faktor für Menschlichkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen leben etwa 1,1 Millionen behinderte Bürger. Wir wollen ihnen mit vielfältigen Angeboten und Mitteln eine Chance eröffnen. So weit wie nur möglich in der Gesellschaft ihre Arbeit einbringen zu helfen.

Ebenso wichtig ist aber für uns Sozialdemokraten, daß Behinderteneinrichtungen vermehrt werden. Soweit das irgendwie möglich ist, vier Prozent aller Neugeborenen können mit einer Behinderung leben. Wir müssen dafür sorgen, daß es durch frühzeitige Vorbeugung in Zukunft viel weniger körperlich oder geistig behinderte Säuglinge gibt.



3.5 Behinderten- politik

Unsere Grundsätze

Solidarität muß sich daran messen lassen, wie wir behinderten Menschen helfen. Für uns Sozialdemokraten ist Hilfe für Behinderte mehr als ihre materielle Versorgung.

Sozialdemokratische Politik sorgt dafür, daß Behinderte am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen können. Die Gesetzgebung kann nur die Voraussetzungen dafür schaffen. Der Alltag behinderter Menschen wird vom Verhalten ihrer Mitmenschen bestimmt. In Nordrhein-Westfalen sind im Landesbehindertenplan alle vorbeugenden, eingliedernden und nachgehenden Hilfen zusammengefaßt und koordiniert.

Wir Sozialdemokraten sehen in der Hilfe für behinderte Menschen einen Prüfstein für Menschlichkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen leben etwa 1,1 Millionen behinderte Bürger. Wir wollen ihnen mit vielfältigen Angeboten und Hilfen eine Chance eröffnen: So weit wie nur möglich in das gesellschaftliche Leben eingegliedert zu sein.

Ebenso wichtig ist aber für uns Sozialdemokraten, daß Behinderungen überhaupt vermieden werden, soweit das irgendwie möglich ist. Vier Prozent aller Neugeborenen kommen mit erblich bedingten Schäden zur Welt. Wir müssen dafür sorgen, daß es durch frühzeitige Vorsorge in Zukunft viel weniger körperlich oder geistig behinderte Säuglinge gibt.

Unsere Leistung

Die Hilfen für behinderte Bürger wurden in unserem Lande mit großem Nachdruck weiterentwickelt und vervollständigt. Ein wichtiges Beispiel dafür sind die Hilfen zur Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Arbeitsleben.

- Der Aufbau von Berufsförderungswerken zur beruflichen Bildung und Eingliederung behinderter Erwachsener ist abgeschlossen; rund 2600 Plätze in solchen Einrichtungen stehen jetzt zur Verfügung.
- In vollem Gange ist der Ausbau von Berufsbildungswerken für die berufliche Erstausbildung behinderter Jugendlicher. Zwei solcher Einrichtungen bestehen bereits, mit acht weiteren ist begonnen worden.
- Die Zahl der Plätze in Werkstätten für Behinderte ist in wenigen Jahren nahezu verdoppelt worden: Von knapp 7300 (1975) auf nahezu 14000 (1978).

Politik, die sich der Behinderten annimmt, muß auch an die Freizeit und die Erholung denken. So hat das Land allein 1976

- 5500 behinderten Kindern und Jugendlichen eine Erholung ermöglicht,
- rund 1000 Familien mit behinderten Kindern zu einem Erholungsurlaub bis zu drei Wochen verholfen.

Die Vielfalt des Hilfsangebotes für behinderte Mitbürger in Nordrhein-Westfalen zeigt der Landesbehindertenplan auf, der im Januar 1979 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dieser Plan enthält auch zahlreiche Vorschläge, wie diese Hilfen verbessert werden sollen. An finanziellen Aufwendungen sind bis 1982 insgesamt 532 Mio. DM vorgesehen; allein auf das Land entfallen davon rund 127 Mio. DM.

Neben den Hilfen zur Eingliederung behinderter Mitbürger stehen die Bemühungen um frühzeitige gesundheitliche Vorsorge. Die Landesregierung unterstützt Maßnahmen zur Verhütung bzw. Früherkennung von Behinderungen schon seit langem und trägt dazu bei, daß sie ständig weiterentwickelt werden.

So ist die humangenetische Beratung über erblich bedingte Behinderungen weiter ausgebaut worden. Wesentlich erweitert wurden auch die kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen Neugeborener, damit angeborene Stoffwechselstörungen frühzeitig erkannt werden können. Es gibt auch Schulungskurse für werdende Mütter, die für die Mütter kostenlos sind und vom Land finanziert werden.

Das wollen wir

Wir Sozialdemokraten stehen dafür, daß die erfolgreiche Politik der Betreuung, Versorgung und Integration der Behinderten in unserem Lande fortgesetzt wird. Dazu gehört der weitere bedarfsgerechte Ausbau des Systems teilstationärer Einrichtungen für körperlich und geistig Behinderte.

Wir werden den Übergang zwischen der medizinischen Rehabilitation und der Eingliederung in die Berufswelt weiter verbessern. Dazu muß der Ausbau von Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation, die zugleich Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation anbieten, verstärkt werden.

Weitere Integrationshilfen sind im Bildungs-, Freizeit- und Erholungsbereich notwendig.

Kindergärten müssen auch für behinderte Kinder sein. Damit ihre Integration erleichtert wird, muß die Finanzierung – etwa durch Ergänzung des Kindergartengesetzes – vereinheitlicht werden.

Besonders werden wir uns um die Früherkennung und die frühzeitige Hilfe bei Behinderungen bemühen.

- Über die Vorsorge für Schwangere müssen Frauen besser aufgeklärt werden. Das gilt auch für ausländische Frauen in unserem Land. Eine deutliche Erhöhung des Zuschusses zu den Entbindungskosten bei regelmäßiger Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen (zur Zeit nur 100,- DM) könnte hier ebenfalls helfen.
- Notwendig ist ferner, daß die acht Vorsorgeuntersuchungen für Kinder bis zum 4. Lebensjahr in Anspruch genommen werden. Hier könnten auch finanzielle Vergünstigungen weiterhelfen.

– Wir werden ohne Vorurteile die Frage diskutieren und dann entscheiden, ob die Meldepflicht bei Behinderungen zu einer allgemeinen, gesetzlich festgelegten Meldepflicht für Ärzte – oder auch für Eltern und Lehrer – ausgeweitet werden soll.

– Eine wichtige Hilfe für die vorgesehenen Maßnahmen ist eine allgemein bessere Aufklärung der Bürger; ebenso eine wesentlich intensivere Ausbildung der Ärzte in der Früherkennung von Behinderungen.

3.6 Kinder- freundlichkeit

Unsere Grundsätze

Eine Gesellschaft, die sich gleichgültig oder sogar feindlich zu den Kindern verhält, hat keine Zukunft.

Viele Kinder müssen in einer Umwelt leben, die ihren Bedürfnissen und Wünschen wenig entspricht.

Wir Sozialdemokraten wollen, daß die Bürger in unserem Lande frei darüber entscheiden, ob und wieviele Kinder sie haben wollen. Kinder sind keine Ware, die sich Staat und Gesellschaft mit Prämien kaufen können.

Wir werden dafür sorgen, daß Kinder zu haben nicht mit sozialen Nachteilen verbunden ist. Die SPD will die Eltern auch mit familienpolitischen Maßnahmen unterstützen.

Unsere Leistung

Die Landesregierung hat mit ihrem Programm „Nordrhein-Westfalen – ein Land für Kinder“ einen wichtigen Anstoß gegeben, damit unser Land kinderfreundlicher wird. Sie wird einen ständig wiederkehrenden Wettbewerb „Die kinderfreundliche Gemeinde“ veranstalten. Damit soll unter anderem erreicht werden, daß die Verantwortlichen in Städten und Gemeinden immer wieder darüber nachdenken, wo etwas verbessert werden könnte, damit sich Kinder in ihrer Umwelt wohlfühlen. Veränderungen und Verbesserungen müssen für die Kinder selber konkret erfahrbar sein. Für ein Kind ist es sehr wichtig, ob es den Rasen betreten darf oder ob es Fußball spielen darf, ohne von den Anliegern beschimpft zu werden.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen kann an große Anstrengungen und Erfolge anknüpfen, die schon erreicht wurden, als Politik für Familien und Kinder noch nicht mit offenem Beifall beachtet wurde.

Beispielhafte Leistungen:

- Nordrhein-Westfalen hat durch das von der SPD initiierte Kindergartengesetz im Landesdurchschnitt ein ausreichendes Angebot von Kindergartenplätzen erreicht. In knapp 6000 Kindergärten steht für 76 Prozent aller 3- bis 5jährigen Kinder ein Platz zur Verfügung. Die Gesamtförderungssumme des Landes betrug 1979 296 Mio. Mark.
- Der Kindergartenbeitrag der Eltern wird weiter abgebaut und bis zum 31. 12. 1981 in unserem Land völlig entfallen. Damit werden die Familien kräftig entlastet.
- Für die Familienbildung und -beratung wurde ein Netz von 375 Einrichtungen geschaffen. Sie werden mit etwa 70 Mio. Mark gefördert.
- Im Wohnungsbau, soweit er öffentlich gefördert wird, stehen seit Jahren junge und kinderreiche Familien im Mittelpunkt. Die Landesmittel dafür betragen 1979 knapp 400 Mio. Mark.
- In einem Modellversuch mit pädagogisch betreuten Spielplätzen gibt es neuerdings „Fachleute für Spielen“. Sie sollen Anregungen geben, wie man Spielplätze so gestaltet, daß das Spielen dort Spaß macht. Auch sollen sie mit Eltern und mit Anwohnern von Spielplätzen sprechen und schließlich die Gemeinden beraten.
- Verkehrssicherheitsprogramme, die auch dem Schutz der Kinder dienen, laufen seit Jahren. Damit sollen Kinder nicht nur lernen, sich im Straßenverkehr richtig zu verhalten und auf Gefahren zu achten; der Verkehr soll auch den Fußgängern und besonders den Kindern angepaßt werden. Deshalb gibt es in unserem Lande den Großversuch „Verkehrsberuhigung in Wohngebieten“.

- Wir Sozialdemokraten wissen, was die elterliche Wohnung den Kindern bedeutet und wie oft an den Kindern „vorbeigebaut“ wird. Deswegen entwickelt das Land Maßstäbe und Leitlinien für kindergerechte Wohnungen, ebenso wie für Wohnungen, in denen sich Jugendliche, Familien und alte Menschen wohlfühlen können.
- Den Kindern kommt auch zugute, daß in den Schulen in den vergangenen Jahren die Klassen erheblich verkleinert wurden.
- Das Land untersucht in einem Programm auch das Problem der Ausländerkinder im Kindergarten. Ziel ist, Kinder von Ausländern besser einzugliedern.

Das wollen wir

Wir Sozialdemokraten wissen, daß trotzdem noch viel zu tun bleibt. Wir wollen uns auch nach dem „Jahr des Kindes“ für unsere Kinder und ihre Rechte einsetzen. Kinderfreundlichkeit überall ist nur zu erreichen, wenn auch alle – die Gemeinden, die Verbände, jeder einzelne – mithelfen. Dazu rufen wir auf.

Wir treten auch dafür ein, daß erheblich mehr Elternbildungs- und Erziehungsberatungsstellen angeboten werden.

Ein wichtiges Ziel unserer Anstrengungen zugunsten der Kinder ist, den Familien die materiellen Voraussetzungen zu erhalten, um genügend Zeit für ihre Kinder zu haben.

Wir Sozialdemokraten wollen mit unserer Politik für Kinder erreichen:

Kindergeld

Auf Bundesebene werden wir uns für eine Reform der jetzigen Kindergeldregelung einsetzen. Ziel dieser Reform muß sein:

- Wir Sozialdemokraten wollen die Verbesserung des Kindergeldes für alle. Wir lehnen aber eine Wiedereinführung der alten Kinderfreibeträge ab: Höhere Steuerfreibeträge für Kinder reicher Eltern und niedrigere für die Kinder ärmerer Eltern halten wir für unerträglich. Die SPD wird dafür sorgen, daß Kinder haben nicht mit sozialen Nachteilen verbunden ist.
 - Spielplätze
- Was bisher für mehr und bessere Spielplätze in unserem Land getan worden ist, muß konsequent fortgesetzt werden.
- Wir wollen das Modellprogramm zur sozialpädagogischen Betreuung von Spielplätzen auf das gesamte Land ausweiten.

- Wir wollen, daß viel mehr Schulhöfe jetzt für Spielplätze geöffnet werden.

Straßenverkehr

Wir werden nicht als unvermeidlich hinnehmen, daß in unserem Land jedes Jahr etwa 20000 Kinder im Straßenverkehr verunglücken. Wir werden dafür sorgen, daß die im „Programm für ein kinderfreundliches Land“ von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen für mehr Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr verwirklicht werden.

Dazu gehört, daß die Bemühungen zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten und zur Sicherung der Verkehrswege noch verstärkt werden; die Verkehrserziehung in Schule und Kindergarten noch intensiver betrieben wird; die Erwachsenen noch besser darüber aufgeklärt werden, wie sich Kinder im Straßenverkehr verhalten.

Wohnen

Wir werden uns darum kümmern, daß Familien mit mehreren Kindern genügend große und vom Mietpreis her angemessene Wohnungen bekommen können. Die Durchschnittsmieten für größere Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau müssen gesenkt werden.

Gesundheit

Vorbeugung und Früherkennung von Krankheiten sind gerade bei Kindern wichtig. Wir werden deshalb für

ein dichtgespanntes Netz humangenetischer Beratungsstellen,

die beschleunigte Errichtung von Frühdiagnose- und Behandlungszentren eintreten.

Elternurlaub

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, daß Eltern sich während eines anderthalbjährigen Elternurlaubs der Erziehung des neugeborenen Kindes widmen können; Lebensunterhalt und Arbeitsplatz sollen in dieser Zeit gesichert sein. Den Eltern muß dabei überlassen bleiben,

welcher der beiden Elternteile den Urlaub nimmt und

ob beide die Zeit des Elternurlaubes unter sich aufteilen.

Ein Elternurlaub, den wahlweise beide Elternteile nehmen können, ist auch im Blick auf unsere Politik für die Frauen wichtig. Bisher liegt die Erziehung oft nahezu ausschließlich bei der Mutter; daraus ergeben sich für Frauen oft schwerwiegende Nachteile, wie Doppelbelastung oder Schwierigkeiten bei einer späteren Rückkehr ins Berufsleben. Der Elternurlaub wäre ein großer Schritt zum Abbau dieser Nachteile.

3.7 Ausländerpolitik

Unsere Grundsätze

In unserer sozialen und demokratischen Industriegesellschaft können alle Bürger am öffentlichen Leben teilhaben, niemand darf diskriminiert werden. Das gilt auch für unsere ausländischen Mitbürger. Sie haben mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Deshalb treten wir Sozialdemokraten dafür ein, daß Ausländer das kommunale Wahlrecht bekommen.

Wir werden ausländischen Familien helfen, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden. Wir werden uns besonders der Kinder ausländischer Arbeitnehmer annehmen.

Die Menschen in unserem Land haben in der Vergangenheit oft bewiesen, daß sie bereit sind, Fremde aufzunehmen, mit ihnen zu leben und sie zu integrieren. Wir sind ein offenes und tolerantes Land. Wir Sozialdemokraten wollen die Probleme unserer ausländischen Mitbürger lösen.

Unsere Leistung

Auch unter den ausländischen Arbeitnehmern gibt es viele Arbeitslose. Der Anwerbestopp und die Rückwanderung von Ausländern in ihre Heimat haben die Probleme aller Arbeitnehmer in unserem Lande, auch die der ausländischen Arbeitnehmer, allerdings auch erleichtert.

Wir Sozialdemokraten haben uns dafür eingesetzt, daß die in der Bundesrepublik Deutschland bleibenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien in ihrem sozialen und rechtlichen Status gesichert sind.

Dazu haben wir auf Bundesebene

- das Aufenthaltsrecht verbessert und die Arbeits-erlaubnis erleichtert.
- für die völlige arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung mit deutschen Arbeitnehmern gesorgt. Das heißt: Lohngleichheit, Gleichheit in der Sozialversicherung, im Kündigungsschutz, im Mutterschutz und in den Rechten nach dem Betriebsverfassungsgesetz.
- bessere und preiswertere Wohnungen für ausländische Mitbürger bereitgestellt.

Auf Landesebene haben wir diese Verbesserungen ergänzt:

- Wir haben finanzielle Mittel für Sozialarbeiter, für ehrenamtliche Mitarbeiter der Ausländerarbeit und für Betriebsräte bereitgestellt, damit die soziale Eingliederung erleichtert werden kann. Wir fördern auch Ausländerzentren und Freizeiträume.
- Ganz besonders haben wir uns in den letzten Jahren um die soziale, schulische und berufliche Eingliederung der zweiten Ausländergeneration, also der hier geborenen Kinder, gekümmert. In Modellversuchen haben wir nach Wegen gesucht, vor allem türkischen Kindern den Aufenthalt in Kindergärten möglich zu machen. Wir haben den ausländischen Eltern die gesetzlichen Möglichkeiten geboten, in der Schule und im Kindergarten mitzuwirken und ihre Interessen zu vertreten. So sind auch ausländische Eltern für die Elternvertretung wahlberechtigt und wählbar.
- Über Ausländerbeiräte, Arbeits- und Koordinierungskreise wird ausländischen Arbeitnehmern die Möglichkeit eröffnet, am kommunalpolitischen Geschehen teilzunehmen.

Das wollen wir

Die freiwillige Integration der zweiten Ausländergeneration wird eine zentrale Aufgabe eines Ausländerprogramms sein, in dem wir Sozialdemokraten die Leitlinien unserer Ausländerpolitik der nächsten Jahre aufzeigen werden.

Wir werden die Hilfen für jene Ausländer verstärken, die sich entschlossen haben, in der Bundesrepublik zu bleiben. Wir wollen nicht, daß sie bei uns ihre nationale Identität und ihre kulturelle Eigenständigkeit aufgeben müssen.

Schwerpunkte unserer Ausländerpolitik werden sein:

- Wir werden mehr Sprachkurse für ausländische Arbeitnehmer anbieten.
- Wir werden die Ausländer mehr für diese Sprachkurse interessieren.
- Wir wollen ein Programm zur Integration der zweiten Ausländergeneration entwickeln.
- Wir wollen die Einbürgerung erleichtern.

Seine Einzelschritte stellen wir uns so vor:

- Die Kinder ausländischer Arbeitnehmer wollen wir stärker in den Kindergarten einbeziehen;
- so früh wie möglich sollen ausländische Kinder in das normale deutsche Schulsystem, also in Regelklassen, kommen können;
- mehr ausländische Schüler sollen künftig in weiterführende Schulen gehen können;
- die ausländischen Schüler an berufsbildenden und beruflichen Schulen wollen wir fördern;
- die berufliche und soziale Eingliederung ausländischer Jugendlicher wollen wir verbessern und ausweiten;
- Hindernisse, auf die ausländische Jugendliche stoßen, die hier aufgewachsen sind oder gefördert wurden und nun einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz suchen, werden wir abbauen;
- auch ausländischen Kindern und Jugendlichen soll künftig die Jugendhilfe und die außerschulische Jugendbildung zugute kommen.
- Ausländische Arbeitnehmer sollen das aktive und passive Wahlrecht erhalten – zunächst auf kommunaler Ebene.
- Ausländische Arbeitnehmer haben die gleichen Steuern und Sozialabgaben zu zahlen wie ihre deutschen Kollegen. Sie haben aber nicht

in gleicher Weise an den Leistungen der öffentlichen Hand teil, etwa bei der Hilfe zum Lebensunterhalt und bei der Altenhilfe. Daraus folgt für die öffentliche Hand die Verpflichtung, die für die Ausländerarbeit erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Bei der Integration der ausländischen Familien in unsere Gesellschaft müssen alle Bürger mithelfen. Wir werden deshalb ein Konzept entwickeln, das Vorurteile abbauen soll.

3.8 Sozialpolitik

Unsere Grundsätze

Das Netz der sozialen Sicherung in Bund und Land ist im wesentlichen von Sozialdemokraten geknüpft worden. Die sozialpolitischen Reformen haben in unserem Land zu einem System sozialer Sicherung auf hohem Niveau geführt.

Wir Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß Arbeitslosigkeit nicht mehr den Verlust der materiellen Existenzgrundlage bedeutet. Die soziale Sicherheit ist wesentliche Voraussetzung für den sozialen Frieden und damit die politische Stabilität unseres Landes. Wir Sozialdemokraten werden den Sozialstaat energisch verteidigen, wir werden ihn weiter verbessern und neuen Entwicklungen anpassen.

Unsere Leistung

Solange Sozialdemokraten in diesem Land Verantwortung tragen, ist die soziale Sicherheit für alle Bürger garantiert. Der Ausbau unseres guten sozialen Sicherungssystems in den letzten Jahren ist dafür der Beweis:

- Sozialdemokraten haben Gruppen von Mitbürgern in den Schutz unseres sozialen Sicherungssystems einbezogen, die bis dahin überhaupt nicht oder nur unzureichend gesichert waren.
- Sozialdemokraten haben die Geldleistungen der sozialen Sicherung in vielen Bereichen dynamisiert, so bei der Krankenversicherung, bei der Arbeitsförderung, in der Kriegsopferversorgung.
- Sozialdemokraten haben das Netz der sozialen Sicherung dichter geknüpft durch Sicherung

von Konkursausfallgeld und Betriebsrenten, durch mehr Rechte der Schwerbehinderten.

- Sozialdemokraten haben die Vorsorge in Sozialpolitik verstärkt; wir haben den Anspruch auf kostenlose Vorsorgeuntersuchungen ausgeweitet und mehr Beratungsstellen errichtet.
- Sozialdemokraten haben die soziale und die medizinische Rehabilitation verbessert: durch zusätzliche Berufsförderungswerke und durch bessere Kurmöglichkeiten.

Das wollen wir

Wir Sozialdemokraten werden auch in Zukunft unser System sozialer Sicherung ausbauen, wo es nötig, und verbessern, wo es möglich ist. Gleichzeitig werden wir die erreichten Leistungen mit aller Kraft gegen eine soziale Demontage verteidigen. Das gilt vor allem für die Rentenversicherung.

Wir Sozialdemokraten garantieren: Auch in Zukunft werden die Renten steigen. Die Renten sind sicher. Der Generationenvertrag gilt. Wir werden zur bruttolohnbezogenen Rentenberechnung zurückkehren.

Dank unserer soliden Rentenpolitik können wir auch die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung regeln. Dabei geht es auch um die grundlegende Verbesserung der sozialen Sicherung der Frau.

Sozialdemokratische Sozialpolitik in Bund und Land wird auch unser Gesundheitswesen finanziell sichern. Wir werden auch in Zukunft die nötigen Entscheidungen treffen, um die Ausgaben für Arzneimittel, die Kosten der ärztlichen Behandlung und die Ausgaben für den Krankenhausaufenthalt zu dämpfen. Damit werden wir unser Gesundheitssystem bezahlbar halten.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden dafür eintreten, daß

- Gruppen von Bürgern, die in unserer Gesellschaft überdurchschnittlich belastet sind, bessergestellt werden;
- Gruppen von Bürgern, die vor neuen Problemen stehen, geholfen wird;
- Gruppen von Bürgern, die noch immer am Rande unserer Gesellschaft stehen – Obdachlose, Nichtseßhafte, Landfahrer, Straftatlassene – mehr Hilfen bekommen.

Wir werden unser erfolgreiches System zur Aufnahme und Eingliederung der Aussiedler, wo es nötig ist, ausbauen und verbessern. Gerade der Aussiedler hat sich die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in der Vergangenheit bereits mit umfangreichen Hilfen angenommen. Unser Land nimmt etwa die Hälfte aller in der Bundesrepublik eintreffenden Aussiedler auf. Ihnen wird nicht nur Unterkunft geboten, sondern auch Arbeit, Sprachkurse und berufliche Fortbildung.

Mit der Sicherung der materiellen Existenzgrundlagen aller Bürger unseres Landes allein ist es nicht getan. Wir müssen auch ein menschliches Miteinander in unserer Gesellschaft erreichen. Klagen über fehlende Kontakte oder mangelnde Eigeninitiativen machen das deutlich. Deshalb werden wir Sozialdemokraten ein Konzept vorschlagen.

- Damit sollen die Kontaktmöglichkeiten verbessert werden.

Neben den Sozialzentren sollten in den Stadtteilen Begegnungsstätten gefördert werden. Dort sollen in erster Linie kulturelle Veranstaltungen, Bildungs- und Freizeitveranstaltungen angeboten werden, aber auch Vereine und Familien sollen hier Räume für Veranstaltungen finden. Neben neu zu errichtenden „Bürgerhäusern“ könnten schon vorhandene Einrichtungen in den Stadtteilen – zum Beispiel Altenzentren und Ausländerzentren – zu solchen Begegnungsstätten werden.

- Damit sollen Eigeninitiativen gefördert werden.

Die mannigfaltigen eigenen Initiativen von Mitbürgern, die etwa Spielplätze angelegt, Laienorganisationen zur Hilfe für Suchtkranke, Behinderte oder Straffällige gegründet haben, verpuffen nicht selten wegen zu geringer finanzieller Mittel. Es müssen Wege gefunden werden – etwa über die „Stiftung für staatsbürgerliche Mitverantwortung“ – solche Privatinitiativen finanziell zu fördern.

- Wir wollen mehr Menschlichkeit in unserer Gesellschaft.

Die Bestrebungen zur Humanisierung der Arbeitswelt, zu mehr Humanität im Gesundheits-

wesen zeigen, daß viele Menschen einen Verlust an Menschlichkeit empfinden. Das gilt ebenso für viele andere Bereiche unseres Zusammenlebens.

**Diese Broschüre
erscheint in
der Reihe**

1. Wirtschaft – Arbeit

- 1.1 Wirtschaftspolitik
- 1.2 Arbeitsmarktpolitik
- 1.3 Humanisierung der Arbeitswelt
- 1.4 Selbständigenpolitik
- 1.5 Energiepolitik
- 1.6 Agrarpolitik und Forstwirtschaft
- 1.7 Verbraucherpolitik
- 1.8 Technologiepolitik
- 1.9 Verkehrspolitik

2. Umwelt

- 2.1 Umweltschutz
- 2.2 Umwelt/Chemikalien- und Gift-
schutz
- 2.3 Umwelt/Wasserwirtschaft und
Abfallwirtschaft
- 2.4 Umwelt/Luftreinhaltung
- 2.5 Umwelt/Lärmschutz
- 2.6 Umwelt/Landschaftspflege
- 2.7 Gesundheitspolitik

3. Familie und Gesellschaft

- 3.1 Familienpolitik
- 3.2 Frauenpolitik
- 3.3 Jugendpolitik
- 3.4 Altenpolitik
- 3.5 Behindertenpolitik
- 3.6 Kinderfreundlichkeit
- 3.7 Ausländerpolitik
- 3.8 Sozialpolitik

4. Wohnen und Freizeit

- 4.1 Wohnungsbaupolitik
- 4.2 Wohnumfeldverbesserung
- 4.3 Sport
- 4.4 Kulturpolitik
- 4.5 Freizeit

5. Bildung und Erziehung

- 5.1 Schulpolitik
- 5.2 Hochschulpolitik
- 5.3 Forschungspolitik
- 5.4 Weiterbildung
- 5.5 Berufliche Bildung
- 5.6 Medienpolitik

**6. Der Staat im Dienste seiner
Bürger**

- 6.1 Justizpolitik
- 6.2 Innere Sicherheit
- 6.3 Datenschutz
- 6.4 Bürokratie und Bürgerverant-
lichkeit
- 6.5 Gemeindefreundliches Land
- 6.6 Die Finanzen müssen stimmen